

Es gilt das gesprochene Wort!

Versagt die Politik?

von Ständerat René Rhinow, Seltisberg

Vortrag vor ...am ...in.

Zur Zeit wird oft behauptet, die Politik in diesem Lande habe versagt. Dabei fällt auf, dass diese Kritik von verschiedener Seite vorgetragen wird - von linken und grünen Bewegungen ebenso wie von rechtsnationalen Kreisen. Offenbar „stimmt“ etwas nicht mehr bei uns - jedenfalls empfinden dies viele Menschen so. In der Tat hat es die Politik heute schwer, und dies vor allem aus mehreren Gründen, denen ich im folgenden kurz nachgehen möchte:

Ein verunsichertes Volk

Einmal hat der rasante Wandel in zentralen Bereichen unseres Lebens grosse Teile der Gesellschaft verunsichert: der Wandel vieler Werte, der wirtschaftlich-technologische Strukturwandel

gepaart mit der Globalisierung der Märkte, die wachsende Komplexität unserer Lebensverhältnisse, die (z.T. erahnte oder verdrängte, z.T. erfahrene) internationale Abhängigkeit, der nur zum Teil konjunkturell bedingte Verlust von Arbeitsplätzen - sie alle fördern Gefühle der Ohnmacht, der Angst, der Abwehr alles Neuen.

In einem Klima der Verunsicherung wächst die Neigung der emotionalen Schlagworte und Heilspärolen der Vereinfacher und Populisten zu folgen - entweder als Flucht in eine (irreale) heile Welt der Vergangenheit („Allein sind wir immer stark gewesen“) oder aber als Flucht in eine die Gegenwart verdrängende helle Zukunft („In der EU sind alle unsere Probleme gelöst“). Auf der Strecke bleibt die konkrete Problemlösung, die in komplexen Verhältnissen notgedrungen differenziert, vernunftgeleitet und oft auch kompromisshaft erfolgen muss.

Die Gräben existieren

Als Folge des epochalen Strukturwandels, der von vielen nicht in seiner vollen Dimension wahrgenommen wird, haben sich in der Schweiz verschiedene, z.T. überschneidende Gräben gebildet (oder wieder verstärkt), welche die Polarisierung nachhaltig fördern. So gibt es den „Röstigraben“ (vor allem in der Aussenpolitik“), den wohl unterschätzten Unterschied zwischen Stadt und Land, zwischen Mittelland und Berggebiet sowie zwischen international Öffnungswilligen und Gegnern einer Öffnung. Mentalitätsunterschiede zwischen Jüngeren und Älteren, Optimisten und Pessimisten, Toleranten und Unduldsam-Aggressiven, Besitzstandswahrer und Risikofreudigen sind wohl das Ergebnis der unterschiedlichen Wahrnehmung und Verarbeitung des gesellschaftlichen Wandels.

Neuere Untersuchungen weisen nach, der Hauptgraben verlaufe zwischen zwei Schweizen: einer öfFnungswilligen, modernen und urbanen Schweiz, deren Anhänger eher ein höheres Bildungsniveau aufweisen, eher welscher Herkunft sind und

Vertrauen in die Behörden haben, und auf der anderen Seite eine traditionsverbundene, sich eher abkapselnde, ländliche und eher deutschsprachige Schweiz, deren Anhänger eher mit einem elementaren Bildungsniveau ausgestattet sind und den Behörden zunehmend mit Misstrauen begegnen. Es ist also falsch, von einem Graben zwischen Volk und Behörden zu reden. Vielmehr bestehen die Gräben innerhalb der Gesellschaft und der Politik.

Politik als Spiegelbild

Denn: Die Politik ist in einer Demokratie das Spiegelbild der gesellschaftlichen Befindlichkeiten. Sie ist nicht besser und nicht schlechter als die Gesellschaft, aber sie bringt vieles zum Ausdruck, ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit - die divergierenden Meinungen über zu verfolgende Ziele, eine gewisse Rücksichtslosigkeit in der Verfechtung eigener Standpunkte und in der Verfolgung eigener Interessen, eine gewisse Ratlosigkeit in der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen, die erwähnten gesellschaftlichen Polarisierungstendenzen, die abnehmende Bereitschaft zum

Dialog und Konsens. Die Politik ist bei uns auch insofern Spiegelbild, als „viele Köche“ mitpolitisieren, ja dass letztlich in der halbdirekten Demokratie das aktive Volk selbst zur Politik gehört. Der in Mode gekommene - und einem italienischen Soziologen des 19. Jahrhunderts entlehnte - Begriff der „classe politique“ passt überhaupt nicht in unsere Demokratie, denn er gaukelt (manchmal bewusst) vor, Politik sei nur vom Bundesrat und der Bundesversammlung zu verantworten - wie wenn Bundesverwaltung, Medien, Verbände (und weitere Kreise) nicht längst zu bestimmenden Faktoren der schweizerischen Politik geworden wären ...

Überladene Politik

Die Erwartungen an die Politik nehmen zudem laufend zu: Sie soll den „gefährlichen“ und verunsichernden Wandel „bändigen“, in den Griff bekommen, wirksame und realisierbare Lösungen rechtzeitig „bringen“. Es ist auch ein Zeichen unserer Zeit, dass alles machbar sein muss - und erst noch subito und in der Regel „von den andern“. Der Politik wird immer mehr die Verantwortung

überbunden, alle wahrgenommenen Schwierigkeiten unserer gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklung zu beheben und erhobene Gerechtigkeitspostulate (coûte que coûte) zu erfüllen - eine Folge unserer sozialstaatlichen „Philosophie“. Je höher aber die Erwartungen steigen, desto mehr wächst auch das Risiko des „Politikversagens“, der unerfüllten Hoffnungen. Es entspricht einer (zu) oft verdrängten Erkenntnis, dass die staatliche Problemlösungsfähigkeit begrenzt ist und dass wir an die Grenzen der staatlichen Problemlösungskapazität gestossen sind. Wird die Politik aber mit nicht einlösbaren Forderungen überladen, muss sie zwangsläufig versagen!

Widersprüchliche Erwartungen

Es kommt hinzu, dass die Erwartungen an die Politik heute oft diametral auseinandergehen. Während in der Nachkriegszeit, in der Phase des Ausbaus unseres Leistungsstaates, Konflikte oft mit Kompromissen „in der Mitte“ unterschiedlicher Vorstellungen gelöst werden konnten, ist dies zunehmend schwieriger geworden. Wo es angesichts leerer Staatskassen nichts mehr zu

verteilen gibt, tangiert jede angestrebte Veränderung bestehende Rechte oder Positionen. Wo Werte voranstehen, politische Postulate moralisch „aufgeladen“ werden, nimmt der Verständigungsspielraum rapid ab. Wenn die Vision der künftigen Schweiz für die einen in der (mythisch überhöhten) Vergangenheit, für die andern aber in einer idealisierten Zukunft liegt, wird ein Dialog schwierig. Je widersprüchlicher sich die Erwartungen an die Politik erweisen, desto eher ist die Enttäuschung vorprogrammiert, denn auch in der Politik kann nicht gleichzeitig ein Ergebnis und dessen Gegenteil erzielt werden! Es ist bezeichnend, dass viele Volksabstimmungen der letzten Jahrzehnte relativ knapp ausgegangen sind und jeweils grosse Minderheiten hinterlassen haben, welche unbeirrt schon am Sonntagabend die Fortsetzung ihres politischen Kampfes verkündet haben.

Bremsen der Demokratie

Es ist auch zu bedenken, dass unsere Staatsform vielfältige Bremsen eingebaut hat, welche einem Machtmissbrauch und

einer (zu) effizienten Politikverwirklichung vorbeugen sollen, vom Kollegialsystem bei den Regierungen über das Zweikammersystem bis hin zu den Volksrechten.

Interessanterweise haben wir seit hundert Jahren die Bremsen, etwa durch den Ausbau der Volksrechte und die Erleichterungen bei der Wahrnehmung, laufend verstärkt, ohne einen Ausgleich zugunsten der Handlungsfähigkeit der politischen Organe zu schaffen. Es wird immer leichter, die behördliche Politik zu Fall zu bringen, und immer schwieriger, eine politische Vorlage durchzubringen. Man mag dies je nach Werten begrüßen - doch die „Kosten“ dieser Rückbindung ist eben eine relative Ohnmacht der Politik. Ist die aktuelle Schweiz nicht mit einem Deux-Chevaux zu vergleichen, welcher mit den Bremsen eines Ferrari ausgerüstet ist, dessen Fahrer nicht recht weiss, wohin er das Fahrzeug lenken soll, weil er vor lauter widersprüchlichen Zurufen seiner Mitfahrer den Mut verloren hat ...?

Mediokratie

Ein weiteres Merkmal der gegenwärtigen Politik ist ihre Medienabhängigkeit. Vor allem Boulevardpresse, Wochenblätter und elektronische Medien sind heute zu politikrelevanten Faktoren geworden. Sie machen Politik und verändern sie gleichzeitig - durch die Standardisierung, Personalisierung, Emotionalisierung und selektive Vermittlung politischer Vorgänge. Politisch wird verfremdet zum hochgepeitschten, dramatisch angeheizten Schauspiel, bei dem es weniger um die Darstellung und Vermittlung unterschiedlicher politischer Positionen und schon gar nicht um differenzierte Problemlösung geht, sondern um den Aufmerksamkeits- und Unterhaltungswert. Der Sauglattismus ohne jeden substantiellen Gehalt feiert Urstand. Eine „Enthüllungsstory“ jagt die andere. Verunglimpfungen von Personen in der Öffentlichkeit nehmen zu, die herabmindernde Qualifikation unserer Behörden ebenfalls. Erfolgsmassstab ist einzig und allein die Steigerung der Auflage oder der Zuschaltquoten. Ein Teil der politischen Akteure macht dieses Spiel freilich mit - wohl in der Meinung, sonst bei den nächsten

Wahlen „weg vom Tisch zu sein“. Das Vertrauen in die Behörden leidet unter dieser Entwicklung, und die Polarisierung wie die Verhärtung politischer Standpunkte wachsen an.

Ohnmacht der Parteien

Schliesslich leiden auch die Parteien unter dieser Entwicklung. Sie haben ein grosses Ressourcenproblem, sowohl in personeller (wer will heute noch in einer Partei aktiv sein?) wie auch in materieller Hinsicht (ungenügend Mittel, die nicht einmal zur Führung eines Abstimmungskampfes ausreichen!). Sie werden konkurrenziert durch schlagkräftige Verbände, durch die Medien, welche ihnen buchstäblich „die Show stehlen“ und selber Politik machen und vermitteln sie durch die Volksrechte, welche es allen Gruppierungen ermöglichen, in die politische Arena zu treten. Und sie verlieren ihren inneren Zusammenhalt, weil ihre ursprünglich ideologische Basis für viele moderne Probleme „ungenügend“ geworden ist. Die Parteienlandschaft antwortet nur noch zum Teil auf die vielfältigen politischen Konflikte, so dass die Orientierung für viele Bürgerinnen und Bürger schwierig geworden ist. Viele

Parlamentsfraktionen sind heute je nach Sachfrage gespalten, weil die gemeinsame ideelle Klammer der eigenen Partei (Freiheit, Liberalismus, Sozialismus, christliche Werte, Umweltschutz, etc.) nicht auszureichen vermag, um durchwegs als Grundlage aller Problemlösungen zu dienen.

Versagt die Politik? Ihre Schwierigkeiten sind jedenfalls gross, denn sie spiegelt eine verunsicherte, gespaltene und polarisierte Gesellschaft wieder und wird mit (zu) vielen, teilweise unerfüllbaren und oft widersprüchlichen Forderungen überladen. Sie muss deshalb viele in ihren Erwartungen enttäuschen. Unsere „gebremste“, sich zunehmend blockierende Demokratie, der verfremdende Einfluss der Medien und die Ohnmacht der Parteien verstärken das Bild handlungsunfähiger Behörden.

Eine Diskussion über die Möglichkeiten einer Kurskorrektur tut dringend not. Dabei ist nicht „bei den anderen“ anzusetzen, sondern mit der selbstkritischen Frage zu beginnen, wie es mit unserem Gemeinsinn, unserem Engagement, unserem

Verständigungswillen und unserer Bereitschaft bestellt ist, die Politik dieses Landes und seiner Organe positiv-kritisch mitzugestalten und mitzutragen.